

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Peter Glotz MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, stellt fest, daß das deutschlandpolitische Störpotential in der Koalition beträchtlich ist: Kohl hat dies nicht verhindern können.

Seite 1

Günter Schluckebier MdB fordert, daß der Mord an Dr. Pflaum nicht zu falschen Konsequenzen führen darf: Die Hilfe für Nicaragua fortsetzen.

Seite 3

Harald B. Schäfer MdB erklärt, warum die Neubewertung fortgeschrittener Reaktorlinien ein alter Hut und die Weiterfinanzierung des SNR energiepolitisch und volkswirtschaftlich nicht vertretbar sind: Eine unverantwortliche Wende zurück zum Atomministerium.

Seite 4

Joachim Poß MdB untersucht die Aktivitäten der Ruhrgebiets-CDU und zeigt Konsequenzen für die SPD auf: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. (Schluß)

Seite 6

Dokumentation

Auszug aus Erhard Eplers jüngstem Buch "Die tödliche Utopie der Sicherheit".

Seite 8

38. Jahrgang / 83

2. Mai 1983

Kohl hat dies nicht verhindern können

Das deutschlandpolitische Störpotential im eigenen Haus ist beträchtlich

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die deutschlandpolitische Kontroverse im Lager der konservativ-rechtsliberalen Koalition hat Porzellan zerschlagen, das sich nicht einfach wird kitten lassen. Die Vorgänge, die schließlich zur Absage des Besuchs Erich Honeckers führten, werfen die Frage auf, was denn nun aus der Stereotype Helmut Kohls, er stehe in der Kontinuität der Deutschland- und Außenpolitik der vorausgegangenen Bundesregierungen, werden soll.

Diese Feststellungen drängen sich auf:

1. Unterstellt, der Bundeskanzler hat den Willen zur Fortsetzung der bisherigen Vertragspolitik mit den osteuropäischen Regierungen, so ist nunmehr vor aller Augen zweifelhaft geworden, ob er auch die dazu notwendige Perspektive, die Kraft und die Durchsetzungsfähigkeit hat. Das Störpotential im eigenen Hause ist beträchtlich. Nach den Erfahrungen dieser Tage reicht es aus, um innenpolitische Kontroversen vom Zaun zu brechen, die die deutschland- und außenpolitische Position der Bundesregierung verändern können: Helmut Kohl hat dies nicht verhindern können.

Vorlag

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Veranstaltet zusammen
mit dem Institut für
Recht und Politik



2. Franz Josef Strauß hat seine Rolle als Störer der bisherigen deutschland- und außenpolitischen Linie bestätigt. Aber er ist mit seinen Getreuen Stoiber, Tandler, Wiesheu und Co. nicht allein. In diesem Streit, der den Ansatz einer "Wende" markieren sollte und wollte, hat sich inhaltlich vielmehr Übereinstimmung zwischen der CSU und dem neuen Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen ergeben. Heinrich Windelen hat ideologische Vorbedingungen um die nunmehr abgesagte deutsch-deutsche Gipfelbegegnung aufbauen helfen, die nur vager formuliert waren, als Strauß sie in die Welt hinausposaunte. Das besagt: die Union ist über ihre "pacta-sunt-servanda"-Haltung zur Entspannungspolitik, die eine "Sowohl-als-auch-Position" ist, weil sich mit ihr die Vertragspolitik in jeder Richtung verändern läßt, in Wahrheit noch nicht hinausgekommen. Die Zweifler an einer kontinuierlichen Deutschland- und Außenpolitik sitzen nicht nur in der CSU in München, sie sitzen auch in der CDU.
3. Für die SPD ergibt sich daraus die Aufgabe, den Rang der politischen Entspannung gerade in einer Zeit rüstungspolitischer Spannungen zwischen Ost und West wieder deutlich zu machen. Fortsetzung der Vertragspolitik heißt eben nicht nur, advokatorisch auf der Gültigkeit der Abkommen zu beharren, wie es Genscher tut, sondern sie im Sinne einer Verstetigung und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern zu nutzen und zu entwickeln, wozu Genscher nichts getan hat. Doch das zwischen Ost und West in Europa Erreichte läßt sich nur sichern, wenn es ausgebaut wird und wenn es weder den "kalten Kriegern" hüben noch drüben überlassen bleibt, das Klima unserer Beziehungen zu bestimmen. (-/2.5.1983/ks/oa)

+ + +



Die Hilfe für Nicaragua fortsetzen!

Der Mord an Dr. Pflaum darf nicht zu falschen Konsequenzen führen

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der vom Deutschen Entwicklungsdienst nach Nicaragua entsandte Arzt Dr. Albrecht Pflaum ist zusammen mit mehreren Bürgern des Landes Opfer des ungezielt und wahllos gegen alle dort lebenden Menschen gerichteten Terrors der Somozisten geworden. Die, unterstützt von der Reagan-Administration und ausgehend von Honduras, das Land destabilisieren und so die sandinistische Regierung in Managua zu Fall bringen wollen.

Auf eine schreckliche Weise sind nun wir Deutschen selbst in einen Konflikt verwickelt worden, vor dem die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion immer gewarnt hat und der nur durch Gespräche aller beteiligten politischen Kräfte Zentralamerikas miteinander zu beenden wäre.

Der Tod von Albrecht Pflaum darf nicht dazu führen, daß unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua vollends eingestellt wird. Die Tätigkeit der DED-Entwicklungshelfer ist weiter notwendig, aber die Bundesregierung muß alles tun, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Der Abzug dieser Entwicklungshelfer wäre ein Erfolg für jene, die die alten Verhältnisse unter der somozistischen Diktatur wiederherstellen wollen, und ein schwerer Rückschlag für die Ziele der sandinistischen Revolution, insbesondere Blockfreiheit und politischer Pluralismus, die für uns wesentlich sind. Dies wäre auch nicht im Sinne von Albrecht Pflaum, um den die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion mit seiner Familie und seinen Freunden trauert.

(-/2.5.1983/ks/ca)

+ + +



Eine unverantwortliche Wende zurück zum Atomministerium

Die Neubewertung fortgeschrittener Reaktorlinien ist ein alter Hut, die Weiterfinanzierung des SNR energiepolitisch und volkswirtschaftlich nicht vertretbar

Von Harald B. Schäfer MdB

Übmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Als Grundlage für die Höhe des finanziellen Restbedarfs des Schnellen Brüters SNR - 300 und des Thoriumhochtemperaturreaktors THTR dient die Neubewertung dieser Reaktorlinien. Diese Neubewertung ist jedoch aus vielen energiepolitischen und entsorgungspolitischen Tagträumen aufgebaut. Einige Beispiele die den SNR - 300 betreffen:

Die Neubewertung geht davon aus, daß

- im Genehmigungsverfahren keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten sind. Das wird gesagt, obwohl bisher nur ein "abstrakter Reaktortank" genehmigt ist. Es muß erst noch bewiesen werden, daß das notwendige Abschleifen der verrosteten Reaktortankoberfläche keine Qualitätseinbuße bedeutet. Das wird schwierig, wenn nicht unmöglich sein.

Die Neubewertung geht davon aus, daß

- die Entsorgung rechtzeitig gesichert wird. Es gebe bereits Vorabsprachen mit Frankreich. Über Details sowie über die Kosten müsse jedoch später verhandelt werden.

Die Neubewertung geht davon aus, daß

- nach gegenwärtigem Wissensstand die Strömerlöse des SNR - 300 dessen Betriebskosten decken.

In der gleichen Neubewertung wird ausgeführt (Zitat III/12)

"Die jährlichen Betriebskosten können zur Zeit nur geschätzt werden, weil die meisten bestimmenden Größen noch nicht genau bekannt sind (Verfügbarkeit der Anlage, Kosten für Nachladungen, Wiederaufarbeitung in Frankreich, eventuelle Auflagen der Betriebsgenehmigungen)."

Bei all diesen unsicheren Annahmen wundert es nicht, daß selbst in Regierungskreisen die Basisdaten der Neubewertung angezweifelt werden: Statt der 6,5 Milliarden Erriichtungskosten für den SNR - 300 wird mit acht Milliarden gerechnet. Bei den Betriebskosten wird mit jährlichen Defiziten von über 100 Millionen DM gerechnet. Der Forschungsminister Riesenhuber tut das öffentlich zwar als unwahrscheinlich ab, gibt aber zu, daß es keine Vereinbarung über eine Industriebeteiligung gibt, wenn die Kosten über 6,5 Milliarden steigen. Der Steuerzahler wird dann erneut zur Kasse gebeten. Das ist bereits jetzt ein Fall für den Bundesrechnungshof.



Auch aus energiepolitischer Sicht ist der SMR - 300 ein unsinniges Vorhaben, unter anderem da keine Folgeprojekte in Sicht sind. In der Neubewertung Riesenhubers wird folgende schon am Phantastische grenzende Begründung für die Notwendigkeit des Brütters gegeben.

Steigender Energiebedarf bedingt steigenden Beitrag der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Weiter heißt es wörtlich: "Je größer dieser Beitrag der Kernenergie zur Energiebedarfsdeckung ist, desto mehr Gewicht gewinnt die Tatsache, daß durch den kommerziellen Einsatz von Brutreaktoren die Stromversorgung durch Kernenergie unabhängig von Importen gemacht werden kann."

In dieser Neubewertung wird von falschen Voraussetzungen ausgehend (der Primärenergieverbrauch ist in den letzten Jahren zurückgegangen, der Stromverbrauch hat praktisch stagniert) ein Traumgebilde aufgebaut, in dem auch der Brüter seinen Platz hat. Die Wende vom Forschungsministerium zum Atomministerium wird sichtbar.

In einer Zeit der knappen finanziellen Mittel ist es besonders unverantwortlich, weitere Gelder in die energiepolitische Sackgasse des Schnellen Brütters zu stecken. Die 2,5 Milliarden DM, die jetzt zusätzlich in die fortgeschrittenen Reaktorlinien gesteckt werden, könnten an anderer Stelle volkswirtschaftlich nützlicher investiert werden:

Man könnte damit zum Beispiel

- mehrmals ein Drittel aller Kohlekraftwerke der Bundesrepublik nachträglich rauchgasentschwefeln und damit die Probleme des Sauren Regens entscheidend vermindern.
- Zehn Städte a 75.000 Einwohner mit einem kompletten Fernwärmesystem ausstatten. (Kraft-Wärmekoppelung System Flensburg)
- 2.500 Blockheizkraftwerke samt Infrastruktur mit einer Nutzwärme von 17,7 Milliarden Kwh/a und einer Stromerzeugung von zehn Milliarden Kwh/a installieren (System Heidenheim).

Der Bundesregierung fehlt der Mut zur Entscheidung. Es werden keine energiepolitischen Prioritäten gesetzt und durch die unwägbaren Risiken des Schnellen Brutreaktors wird auch die Realisierung des Hochtemperaturreaktors gefährdet. Milliarden an Steuergelder werden in energiepolitische Sackgassen investiert, für volkswirtschaftlich und umweltschädlich wichtige Projekte fehlt das Geld.

(-/2.5.1983/ks/ca)

+ + +



Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer (Teil II u. Schluß)

Die Ruhrgebiets-CDU und die Konsequenzen für die SPD

Von Joachim Poß MdB

3. Aussichten

Zentrale Voraussetzung einer Stabilisierung sozialdemokratischer Mehrheiten im Revier ist eine Politik der "linken Mitte", die von der Lebenswirklichkeit und den Problemen der letzten zwei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts her Antworten gibt.

Das gilt für die Oppositionspolitik im Deutschen Bundestag wie für die praktische Regierungstätigkeit im Lande Nordrhein-Westfalens und in den Kommunen. Die Behauptungen zum Beispiel mit den Sozialenzyklen einerseits und den Fragestellungen grün-alternativer Gruppierungen andererseits sollten dabei nicht Abgrenzungsgänge, sondern Aufmunterung für eine "Perspektive nach vorn" zur Folge haben. Traditionelle Frontstellungen und Etikettierungen helfen bei der Bewältigung des auf uns zukommenden Problemberges nicht.

Wir müssen zwar immer auch die Fehler unserer politischen Gegner ins Kalkül ziehen, ohne jedoch unsere Stärke aus ihnen beziehen zu wollen. Sie können lediglich trendverstärkend wirken.

Bei der Beurteilung der Aussichten bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen (die Europawahlen möchte ich wegen ihrer Besonderheit bewußt ausklammern) ist aber natürlich eine Betrachtung der Rechtskoalition wie auch der Grünen erlaubt.

Trotz der für die Konservativen ungemein günstigen Mediensituation wird die rechte Regierung von den Strukturproblemen in den nächsten Monaten eingeholt. Eine Täuschung wie die mit der Angabe von Auftragseingängen kann von Lamsdroff nicht ständig wiederholt werden. Die Hoffnungen vieler junger Menschen in Kohls Ausbildungsplatzgarantie werden sich - trotz begleitender "Bild"-Propaganda - nicht erfüllen. Der CDU-Slogan "Wir schaffen Arbeitsplätze für's Revier" wird sich als verantwortungslose Täuschung herausstellen. Die auch im Ruhrgebiet während des Wahlkampfes ungemein radikalisierten und fanatisierten Mittelständler werden erkennen, daß trotz leichter Besserungstendenzen, die ja alle noch Ergebnis SPD-besinflußer Politik sind, ihnen die Mühe der täglichen Selbstbehauptung nicht genommen wird. Das bei diesen Wahlen wirkungsvolle Propagandainstrument des Investitionsstreiks und der Kapitalflucht ist nicht bliebig einsetzbar bei kommenden Wahlen, trotz geschwächter Gewerkschaften und ängstlicher Arbeitnehmer.

Das konservative Krisenlösungskonzept, der Triumph der Betriebswirtschaft und des Egoismus über die Volkswirtschaft und die Solidarität, wird scheitern. Über dieses Scheitern müssen die Konservativen und Wirtschaftsliberalen aber nicht notwendigerweise ihre Mehrheit verlieren.

Für die Kommunalpolitik im Ruhrgebiet gilt indes: Die kläglichen Alternativen in der Kommunalpolitik (unkonkrete Sparappelle und Privatisierungsforderungen können selbst durch eine geschickte Wahlpropaganda, von der die CDU etwas versteht, kaum geschönt werden.



Die Wahlchancen der Grünen werden nicht unerheblich durch ihre künftigen Aktivitäten im Bundestag beeinflusst. Ob sie - wie geplant - mit Protestkampagnen gegen Filz und Skandale, die auch vor Verleumdungen nicht zurückschrecken, das Protestpotential bis über fünf Prozent realisieren können, wird auch von den SPD-Aktionen abhängen.

Zu bedenken ist schließlich, daß der Anteil der Wechselwähler größer wird, was auch der SPD nützen kann.

Die SPD wird also in den nächsten Monaten ihre Orientierungsfähigkeit beweisen müssen.

Die Elemente dieser Orientierungsfähigkeit sind zusammengefaßt:

- Die ehrliche ökonomische Auseinandersetzung, in der Möglichkeiten und Grenzen politischer Gestaltung klar aufgezeigt werden. Mit dem Humberg von Aufschwungsparen hat schließlich mal die SPD angefangen. Die Aufhebung des vermeintlichen Gegensatzes von Ökonomie und Ökologie muß auch und gerade unter Ruhrgebietsbedingungen angestrebt werden. Die Chancen und Risiken des technischen Fortschritts müssen verdeutlicht werden.
- Die Vertiefung und Schärfung des Bewußtseins für die soziale Frage und Chancengleichheit angesichts des sozialen Kahlschlags durch die Rechtskoalition.
- Die verstärkte Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen, die Vertiefung und der Ausbau bestehender Kontakte sowie die Neuerschließung sozialer Geflechte. Unvoreingenommene Gesprächsoffenheit muß dabei eher von der SPD als von den Adressaten erwartet werden.

(-/2.5.1983/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

"Die tödliche Utopie der Sicherheit" (Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, Mai 1983) hat Erhard Eppler sein jüngstes Buch betitelt. Eppler vertritt die These, daß die militärische Sicherheit heute in Wirklichkeit eine Bündelung eskalierender Risiken darstellt - bis hin zum "Selbstmord infolge krankhaften Sicherheitswahns". Ein wichtiges Feld der Gegenbewegung zum Sicherheitsdenken der Militärs ist für Eppler auch Europa; es biete Ansätze für alternatives Handeln. Der SPD-Pressedienst dokumentiert das entsprechende Unterkapitel:

Die Paktsysteme relativieren, überwölben und ersetzen

"Wer mit Repräsentanten der Weltmächte zu tun hat, wird sich des Eindrucks schwer erwehren können, daß sie an einem Punkt gelegentlich gemeinsame Sache machen: wenn es um die Disziplin innerhalb der Blöcke geht. Beide wissen, daß Regungen der Eigenständigkeit auf der einen Seite meist solche auf der anderen nach sich ziehen. Kommt der Gleichschritt bei der einen Truppe durcheinander, so ist er auch bei der anderen in Gefahr. Deshalb geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Friedensbewegung im Westen der Sowjetunion keine ungetrübte Freude bereitet. Nicht nur, daß die Bewegung - wenn auch in den dort angemessenen Formen - auf die DDR und andere Paktstaaten übergreifen könnte. Sie ist ein Zeichen von Widersetzlichkeit gegen die westliche Supermacht, die ähnliche Widerborstigkeit im sowjetischen Lager ermutigen könnte. Manchmal will es scheinen, als ziehe die Sowjetunion eine kleinere, von Kommunisten gesteuerte und damit zur Erfolglosigkeit verurteilte Friedensbewegung einer großen, unabhängigen und damit mehrheitsfähigen Friedensbewegung vor. Sicher schwingt im westlichen Reden von der "blockübergreifenden" Friedensbewegung manche Illusion und manche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Friedensgruppen im Osten mit, aber dies rechtfertigt nicht die kommunistische Polemik gegen den leisesten Zweifel an der Weisheit sowjetischer Rüstung. Nichts beunruhigt sowjetische Funktionäre mehr als Vergleiche zwischen westdeutscher Friedensbewegung und polnischer Gewerkschaftsbewegung. Aber auch die USA wissen, was der NATO-Disziplin schaden könnte: Sie haben nichts getan, was mehr polnische Eigenständigkeit hätte fördern können. Moralische Entrüstung über ein illegales Militärregime - das sich, verglichen mit den vom CIA in Lateinamerika geförderten, noch geradezu zivil ausnahm - , die These von der russischen Marionette Jaruzelsky, dazu wirtschaftlicher Boykott gegen das hundernde Polen, das alles war dazu angetan, den polnischen Handlungsspielraum nicht zu erweitern, sondern einzuengen, Polen noch abhängiger von Moskau zu machen. Man würde die im State Department und im Weißen Haus konzentrierte Intelligenz doch wohl unterschätzen, unterstellte man, die US-Regierung hätte nicht gewußt, was sie tat. So dumm kann auch eine Weltmacht nicht sein, daß sie - ganz aus Versehen - immer genau das Gegenteil dessen erreicht, was sie als ihr Ziel ausgibt.

Die Ängste der Weltmächte zeigen den Europäern: Strammer Gleichschritt auf der einen Seite ist immer das durchschlagende Argument für mehr Gleichschritt auf der andern. Aber eben auch: Politischer Spielraum, der auf der einen Seite der Demarkationslinie genutzt, gefüllt und ausgeweitet wird, schafft neuen Spielraum auf der andern Seite. Hier gibt es gemeinsame Interessen von Bukarest bis Paris, von Bonn bis Warschau, gemeinsame Interessen der Mittleren und Kleineren gegenüber den Großen. Niemand kann die Paktsysteme von heute auf morgen auflösen. Und es wäre kaum zu erwarten, daß ein abruptes Aufbrechen der Fronten den Frieden herbeizwingen könnte. Aber auf mittlere Sicht muß eine Dynamik gemeinsamer europäischer Interessen, ja eine Form europäischer Solidarität die Paktsysteme relativieren, lockern, überwölben und schließlich ersetzen.

Ulrich Albrecht hat daran erinnert, daß Stalin, als er die Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen unter schrecklichen Opfern verjagen ließ - so seltsam dies klingen mag -, russische Sicherheitsinteressen im Auge hatte. Er habe auf diese Weise die ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen sicherstellen wollen, damit Polen für immer an Rußland gebunden werde.

"Polen diene den Deutschen regelmäßig als Korridor für den Angriff auf Rußland", so zitiert Albrecht den sowjetischen Diktator, "und dieser Korridor muß blockiert werden, ...am besten durch die Polen selbst."³

³ Ulrich Albrecht, Kündigt den Nachrüstungsbeschluß! Frankfurt am Main 1982, Seite 127



Ausgerechnet bei dieser, nach aller historischen Erfahrung narrensicheren Rechnung hat Stalin sich geirrt. Die bewundernswerte Mäßigkeit der weitaus meisten Vertriebenen, die Hinnahme der für viele schmerzlichen Grenze, der Kniefall Willy Brandts in Warschau, schließlich Millionen von Paketen haben eine Feindschaft überwunden, die jede Bewegung zwischen den Paktsystemen in Europa blockieren sollte und in der Tat hätte blockieren können. Aber Stalin hat sich noch ein zweites Mal verrechnet: Als er die Völker Osteuropas nicht nur zwang, sich sowjetischen Sicherheitsinteressen zu beugen, sondern ihnen auch sein System auferlegte. Nirgendwo - allenfalls mit der Ausnahme Ungarns - hat dieses System in nahezu vier Jahrzehnten die Unterstützung einer Mehrheit erringen können.

Während in Finnland die sowjetischen Sicherheitsinteressen von einer nichtkommunistischen Regierung seit vierzig Jahren zuverlässig gewahrt werden, muß die Sowjetunion bei allen Warschauer Paktstaaten befürchten, daß jede Rebellion gegen das Machtmonopol eines bürokratischen Parteiapparates, sogar wenn sie sich zuerst nur gegen wirtschaftliche Mißstände richtet, umschlägt in eine anti-sowjetische Bewegung und damit in die Mißachtung aller sowjetischen Sicherheitsinteressen.

Niemand kann wissen, ob je eine sowjetische Führung daraus den Schluß ziehen wird, der für den Unvoreingenommenen naheläge: daß man von Sofia bis Warschau einen Prozeß zulassen oder fördern könnte, bei dem zwar die Produktionsmittel nicht privatisiert würden, aber doch geheiligte Grundsätze des Leninismus, wie die 'führende Rolle der Partei' zumindest anders ausgelegt würden als heute, einen Prozeß, in dem so etwas wie freie Diskussion aufkeimen, so etwas wie sozialistische Marktwirtschaft sich entfalten könnte, wobei die unausgesprochene Gegenleistung immer die Respektierung der russischen Sicherheitsinteressen wäre. Auch wenn niemand die Sowjetführung zu dem Risiko des Klugen zwingen kann, steht schon heute fest: Nur eine Lockerung im westlichen Bündnis kann eine Chance dazu öffnen. Die Westeuropäer, eben weil sie freier sind, müssen vorangehen.

Als der sowjetische Außenminister am 23. Februar 1983 die Westeuropäer ermahnte, ihre eigenen Sicherheitsinteressen auch gegenüber den USA wahrzunehmen, reagierte die Bundesregierung mit beflissener Empörung: Dies sei Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Abgesehen davon, daß Interessenkonflikte im Bündnis zu den auswärtigen nicht zu den inneren Angelegenheiten gehören, hätte es den Westeuropäern besser angestanden, Gromyko darauf zu verweisen, daß es auch in Osteuropa Interessen gibt, die mit den sowjetischen nicht übereinstimmen, daß sowjetische Rücksicht auf polnische Interessen es den Westeuropäern erleichtern könnte, europäische Belange auch gegenüber Washington geltend zu machen.

Ob und wann die Europäisierung Europas dann, wie Albrecht vorschlägt, zu einem Rückzug aller sowjetischen und amerikanischen Truppen aus Europa führen könnte, ob in einer Zwischenphase beide Supermächte ein System kollektiver Sicherheit - vielleicht sogar durch symbolische Verbände - garantieren sollten, dies alles läßt sich nicht auf dem Reißbrett entwerfen und dann in Geschichte umsetzen. Aber die Richtung ist klar: Was immer die Europäer in Ost und West eigenständiger macht, vor allem aber verbindet, zusammenführt und solidarisiert, entschärft die Konfrontation in Europa und dient dem Frieden.

Dabei sind der Phantasie allenfalls bürokratische Grenzen gesetzt: Von Städte-Partnerschaften über Konzertreisen, von Dichterlesungen über die Bereinigung von Schulbüchern, vom Tourismus bis zum Sport, von der Suche nach energiesparenden Technologien bis zum christlich-marxistischen Dialog, von der Versachlichung von Radiosendungen bis zum Umweltschutz gibt es unzählige Möglichkeiten, Menschen, Gruppen und Völker zusammenzuführen, gemeinsame Wurzeln bewußt zu machen und gemeinsame Zukunft zu erschließen. Vielleicht kommt sogar der Tag, an dem wirtschaftliche Not und politische Einsicht so etwas wie einen Marshall-Plan der Europäischen Gemeinschaft für die Länder westlich der Sowjetgrenzen denkbar erscheinen läßt." (-/2.5.1983/ks/ca)

+ + +

